

6. Oktober 2008

SPD-Parteivorstand, Telefon (030) 25 991-0, Internet: [www.spd.de](http://www.spd.de)

## Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom 5. Oktober 2008

# SPD sorgt für Stabilität, gezielte Entlastungen und eine handlungsfähige Regierung.

**Die schwierige Lage auf den Finanzmärkten erfordert entschlossenes Handeln der Bundesregierung. Die Bundesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten, die Risiken einzugrenzen und das nötige Vertrauen wieder herzustellen.**

Wir können nicht ausschließen, dass durch die Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten die wirtschaftlichen und konjunkturellen Risiken bei uns zunehmen. Deshalb geht es jetzt darum, die erreichten Erfolge zu sichern und die sozialen Sicherungssysteme und den Arbeitsmarkt für die Zukunft zu stärken – auch um die Konjunktur zu stützen und die Bürgerinnen und Bürger gezielt zu entlasten

Die SPD hat im Koalitionsausschuss deshalb ein Stabilitätspaket 2009 vorgeschlagen. Das Grundprinzip heißt: Wir wollen gute Arbeit sichern und Anreize für neue Arbeitsplätze schaffen.

Wir haben uns in neun Punkten mit der Union verständigt. Die wichtigsten Botschaften lauten:

- **Die Lohnnebenkosten bleiben für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt stabil:** Der medizinische Fortschritt in einer älter werdenden Gesellschaft kostet sehr viel

Geld. Daher müssen die Beiträge zu den Krankenkassen leicht angehoben werden, auch unabhängig von der Einführung eines einheitlichen Beitragssatzes im Zuge des „Gesundheitsfonds“. Um die Belastung stabil neutral zu halten, wird im Gegenzug der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gesenkt. Das geht nicht zu Lasten der Arbeitslosen. Im Gegenteil: Gleichzeitig verbessern wir die Vermittlung von Arbeitslosen und schaffen den Rechtsanspruch auf das Nachholen des Hauptschulabschlusses.

- **Wir senken die Steuerbelastung:** Wir haben dafür gesorgt, dass der Steuerabzug von Krankenversicherungsbeiträgen deutlich verbessert wird – die Bürgerinnen und Bürger werden dadurch ab dem 1. Januar 2010 um 8 bis 9 Mrd. Euro entlastet. Wir haben zusätzliche Entlastung der privaten Haushalte als Arbeitgeber und Auftraggeber durchgesetzt.
- **Wir entlasten gezielt Familien:** Wir fördern Familien durch eine deutliche Kindergelderhöhung und das Schulmittelbedarfspaket. Und wir haben durchgesetzt, dass die Erhöhung des Wohngelds auf den 1. Oktober 2008 vorgezogen wird. Diese zweite Wohngelderhöhung in unserer Regierungszeit hilft über 800.000 Haushalten, vor allem Rentnern und Familien mit Kindern.

### Die Verständigung bedeutet im Einzelnen:

- 1 Stabilisierung der durchschnittlichen Sozialversicherungsabgaben:** Der Koalitionsausschuss unterstützt die Absicht der Bundesregierung, den paritätisch zu finanzierenden Beitragssatz in der GKV auf 14,6 % festzulegen. Zuzüglich der von den Mitgliedern allein zu tragenden 0,9 % Beitragsspunkte bedeutet das einen Beitragssatz von 15,5 Prozentpunkten. Dies wird durch eine maximal mögliche Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent ausgeglichen. Trotz dieser Senkung werden die Unterstützungen für Arbeitslose weiter verbessert : Das Personal zur Vermittlung der Arbeitslosengeld II-Bezieher wird um 1.900 Vermittlerinnen und Vermittler aufgestockt. Für die qualifizierte Beratung und Betreuung wird der Anteil befristeter Stellen in der Arbeitsvermittlung perspektivisch auf 10% gesenkt. Im Rahmen der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente konnten wir den lange von der Union blockierten Rechtsanspruch auf die Förderung zum Nachholen eines Hauptschulabschlusses einführen.
- 2 Milliardenentlastung durch Steuerabzug von Vorsorgeaufwendungen:** Der Steuerabzug von Vorsorgeaufwendungen für die Kranken- und die Pflegeversicherung wird deutlich verbessert. Ab dem 01.01.2010 werden die Bürgerinnen und Bürger so um rund 9 Mrd. Euro entlastet.
- 3 Finanzielle Unterstützung von Familien:** Der Kinderfreibetrag wird zum 1.1.2009 um rund 200 Euro auf 6.000 Euro erhöht. Das Kindergeld wird um 10 Euro pro Monat pro Kind erhöht. Ab dem dritten Kind beträgt die Erhöhung 16 Euro.
- 4 Schulbedarfspaket:** Jeweils zum Schuljahresbeginn erhalten hilfebedürftige Kinder einen Betrag in Höhe von 100 Euro. Damit haben wir eine Forderung durchsetzen können, die die SPD seit langem offensiv vertreten hat. Es ist ein großer Erfolg unserer Bestrebungen für mehr Chancengleichheit und der Bekämpfung von Kinderarmut.
- 5 Stärkere Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen und Pflege:** Die existierende steuerliche Förderung des privaten Haushalts als Auftraggeber und Arbeitgeber wird vereinfacht und in einer Form ausgeweitet, die allen Steuerzahlern zugute kommt: Für die Beschäftigung im Haushalt, haushaltsnahe Dienstleistungen und die Steuerermäßigung bei Betreuung und Pflege gibt es künftig einen Steuerermäßigungssatz von 20 % bei einem maximalen begünstigten Ausgaben pro Jahr von 20.000 Euro. Dies ergibt eine maximale Steuerermäßigung von 4.000 Euro. Bei allen Förderatbeständen – bis auf die Aufwendungen zur Betreuung von Kindern wegen der Erwerbstätigkeit der Eltern – bleibt es wie bisher bei einem Abzug von der Steuerschuld. Bei der Kinderbetreuung hat die Union darauf bestanden, dass die Förderung hier weiterhin von der Bemessungsgrundlage abgezogen wird – also besonders Spitzenverdienern zugute kommt.
- 6 Vorziehen der Wohngeldnovelle:** Wie von der SPD gefordert, soll die zum 1.1.2009 geplante Wohngelderhöhung so vorgezogen werden, dass bereits ab dem 1.10.2008 Berechtigte einen erhöhten Anspruch auf Wohngeld erhalten. Dadurch sollen einkommensschwache Haushalte bereits für die Heizperiode 2008 / 2009 von den hohen Energiekosten und den zu erwartenden saftigen Nachzahlungen entlastet werden. Die Umsetzung erfolgt in Form einer pauschalierten Einmalzahlung rückwirkend zum 01. Oktober. Dies kommt rund 800.000 Haushalten, darunter 300.000 Rentnerhaushalten zugute. Die Auszahlung kann aus administrativen Gründen erst im 2. Quartal 2009 erfolgen.
- 7 Absenkung der Beimischungsquote für Biokraftstoffe:** Für 2009 wird die Beimischungsquote für Biokraftstoffe auf 5,25 % gesenkt. In den Folgejahren verbleibt sie bei 6,25 %. Der

Steuersatz für Biodiesel steigt im Jahre 2009 statt wie bisher geplant auf 21 Cent lediglich auf 18 Cent, danach stufenweise um je 6 Cent, wie bisher beschlossen.

- 8 Ermöglichung des Einsatzes militärischer Mittel im Rahmen der besonderen Amtshilfe:** Der Artikel 35 des Grundgesetzes wird in Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Luftsicherheitsgesetz geändert, um den Einsatz militärischer Mittel zu ermöglichen, wenn zur Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalles polizeiliche Mittel nicht ausreichen.

- 9 Einrichtung einer Visa-Einlader- und Warndatei:** Entgegen den weitreichenden Plänen der Union wird in eine neue, eigenständige Datei eingerichtet mit Daten zu Personen und Organisationen, die lediglich als Einlader aufgetreten sind und solchen, die durch Missbrauch im Bereich des Visumsverfahrens oder durch Delikte mit Auslandsbezug auffällig geworden sind (Warndatei).

**Fazit: Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz, einen sicheren Sozialstaat und eine gute Konjunktur. Das sind die Ziele der SPD-Politik in den nächsten Monaten.**